

Klimawandel 4.0

Der Klimawandel birgt globale Risiken und stellt sich für heutige und künftige Generationen eine ernst zu nehmende Angelegenheit dar. Neben der Gefährdung für Leben und Gesundheit sieht sich auch die Wirtschaft mit erheblichen Auswirkungen konfrontiert. Der Klimawandel scheint ein globales, im Grunde technisches und naturwissenschaftliches Problem darzustellen. Seine Auswirkungen werden als räumlich und/oder zeitlich weit entfernt angenommen.

Wenn der Klimawandel erst einmal als gesellschaftliches Problem verstanden wird – und damit nicht nur als technisch-naturwissenschaftliches Problem – werden Fragen nach seinen politischen Implikationen aufgeworfen. Wer ist für das Problem verantwortlich? Wer ist am meisten davon betroffen? Wie sollten diejenigen, die auf die eine oder andere Weise involviert sind, über die Verantwortung für den Klimawandel denken und demokratische Antworten bieten? Wie soll die soziale Nachhaltigkeit von unserer Gesellschaft und Wirtschaft getragen werden?

In den letzten zwei Jahrzehnten sind Diskurse entstanden, die den Klimawandel als eine große Bedrohung für die globale Sicherheit darstellen. Hat sich diese Auffassung über Klimawandel und internationale Sicherheit in der Art und Weise, wie es die Konzepte der EU vorsehen, durchgesetzt? Hat sich dieser Diskurs in konkreter Politik oder institutionellen Arrangements verfestigt? Der Klimawandel hat sich als Sicherheitsproblem gezeigt und dies hat auch institutionelle Auswirkungen, die sich daraus unmittelbar ergeben. In der EU wird der Klimawandel als „Bedrohungsmultiplikator“ verstanden. Obwohl auch andere Betrachtungsweisen des Klimaproblems existieren, akzeptieren die EU-Klimaakteure nun, dass der Klimawandel als Sicherheitsproblem betrachtet werden sollte. Gleichzeitig beziehen die EU-Sicherheitsakteure nun den Klimawandel in ihre umfassende Definition von Sicherheit ein. Was die politischen Konsequenzen des Diskurses angeht, so sind diese hauptsächlich im Kontext der externen Klimapolitik sichtbar, da die Sicherheitsdimension des Klimawandels nun Teil der EU-Klimadiplomatie-Strategie ist. Darüber hinaus wurden Überlegungen zum Klimawandel zunehmend in den umfassenden Ansatz der EU zu externen Konflikten und Krisen einbezogen. Diese Ergebnisse können etwas Licht auf die normative Debatte über die Absicherung des Klimawandels als positives oder negatives Konzept werfen.

Es wird ein integrierter inter- und transnationaler Ansatz benötigt, der lokales Fachwissen und Innovation mit strategischer Führung verbindet. Ohne dies wird das Verständnis für die Steuerung des Klimawandels, die Gesellschaft unvorbereitet auf die kommenden Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und allgemeinen Umweltfragen lassen.

Balkanstaaten: Südosteuropa leistet bis heute im Verhältnis zu hoch entwickelten Ländern einen relativ geringen Beitrag zum Diskurs des Klimawandels. Das kann sich auch länderübergreifend schädlich erweisen. Die Exposition gegenüber diesen Gefahren wird sich auf die öffentliche Gesundheit und die biologische Vielfalt sowie auf wichtige Sektoren – Wasserressourcen, Land- und Forstwirtschaft, Energie und Tourismus – auswirken. Bis heute liegen die CO₂ Emissionen in den westlichen Balkanländern zwischen einer Tonne bis zu acht Tonnen pro Kopf. Die Summe der jährlichen Emissionen pro Kopf in allen sechs Ländern des Westbalkans sind etwas mehr als halb so hoch wie in der Europäischen Union und etwas mehr als ein Viertel in den Vereinigten Staaten. Die heutigen Indikatoren zeigen, dass viele Entsorgungsanlagen dieser Region nicht mehr genutzt oder vernachlässigt sind. Ohne routinemäßige Überwachung und Wartung verfallen diese Anlagen und werden für Ausfälle und die daraus resultierende Freisetzung toxischer Schadstoffe verantwortlich. Mit Unterzeichnung der Barcelona Konvention (Übereinkommen zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung), u.a. durch Slowenien, Kroatien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Albanien und Griechenland, haben sich diese Staaten neben

anderen unter der Schirmherrschaft der UNO zur Umsetzung der Ziele verpflichtet, das Mittelmeer und seine Küstengebiete zu schützen.